

2 Forderungen zur Verbesserung der Situation für den innerstädtischen Radverkehr

Die Ziele des ADFC sind die Steigerung des bundesdeutschen Radverkehrsanteils sowie eine deutlich stärkere Wahrnehmung des Fahrradfahrens in der Öffentlichkeit und, nicht zuletzt, Radfahren sicherer und komfortabler zu machen.

Themen wie Naturschutz, Gesundheit, Finanzen, Energiepolitik, Klimawandel etc. sind allgegenwärtig und, noch wichtiger, sie sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Deshalb muss der ADFC jetzt die Gunst der Stunde nutzen und an geeigneter politischer Stelle wesentliche Forderungen anbringen und deren Umsetzung einfordern.

Das jahrelange Postulat einer Trennung der Verkehrsarten hat innerstädtisch die Probleme für den Radverkehr nicht lösen können.

Dass in Zukunft eine echte Verbesserung für den innerstädtischen Radverkehr nur im Sinne eines flächendeckenden Mischverkehrs erreicht werden kann, ist unstrittig.

Die StVO-Novellen 1998/2009 ermöglichen es, die Benutzungspflicht für unzulängliche bauliche Radwege aufzuheben und damit dem Ziel der notwendigen Rehabilitation des Mischverkehrs näher zu kommen. Jedoch wird von keiner Seite her berücksichtigt, dass der Straßenverkehr in seiner heutigen Form für dieses Ziel nicht geeignet ist.

Aus Angst vor dem motorisierten Verkehr lehnt es ein großer Teil der radelnden Bevölkerung bislang ab, auf der Straße zu fahren. Die gefühlte Sicherheit auf dem Radweg ist gegenüber der Straßennutzung deutlich höher.

Hauptgründe dafür sind der nicht eingehaltene und zu geringe Sicherheitsabstand (auch bei Markierungen auf der Fahrbahn) sowie die zu hohe Geschwindigkeit der Kfz-VerkehrsteilnehmerInnen.

Das heißt, dass die Abschaffung der Benutzungspflicht allein nicht reicht, denn die sich abzeichnende Differenzierung in mutige (auf der Fahrbahn) und unsichere (auf dem Rad- oder Gehweg) RadfahrerInnen kann keine Lösung sein. Die „Wahlfreiheit“ zwischen Straße und Radweg haben RadfahrerInnen auch nur begrenzt, denn in Städten und Ortschaften sind separate Radverkehrsführungen nicht die Regel, und der Großteil des Radverkehrs spielt sich ohnehin auf der Straße ab.

Nach unserer Auffassung ist es an der Zeit, mehr Augenmerk auf wenige, aber grundlegende Verbesserungen zu legen, die die Ursachen der Problematik berücksichtigen und beseitigen können, damit Radfahrende sicher und angstfrei die Straße nutzen können.

Daraus ergeben sich für uns folgende zwei elementare Forderungen:

- 1. Tempo 30 innerorts als Regelgeschwindigkeit. Begründete Ausnahmen nur bei starkem Kfz-Aufkommen auf mehrspurigen Straßen und dem gleichzeitigen Vorhandensein einer sicheren Radverkehrsführung.**
- 2. Die Aufnahme des von gerichtlicher Seite bestätigten Sicherheitsabstandes von 1,50m in die STVO.**

Begleitend dazu eine dauerhafte, bundesweite Kampagne, um die Akzeptanz und das Einhalten dieser entscheidenden Forderung in der Öffentlichkeit zu erreichen.

Wir bitten den Bundesverband, sich zeitnah mit diesen Punkten auseinander zu setzen, **sich offensiv und selbstbewusst dafür einzusetzen und in der Öffentlichkeit eine klare Position dazu einzunehmen.**